

Speech

Kiel, 07.03.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Für uns ist das Stichwort Digitalisierungsgerechtigkeit

„Wir müssen alle jungen Menschen in die Lage versetzen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen“

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 28 - Digitalpakt in Schleswig-Holstein
schnellstmöglich und gut umsetzen (Drs. 19/1314)

(Nr. 070-2019) Ich muss ehrlich sagen, dass mir mit der Einigung im Vermittlungsausschuss ein Stein vom Herzen gefallen ist. Denn bei der Digitalisierung im Bildungswesen ist Deutschland bekanntlich nicht gerade Vorreiter. Und das Verfahren rund um Grundgesetzänderung und Digitalpakt hat schon viel zu viel Zeit gekostet. Dabei wird mit Blick auf unsere Schullandschaft doch eins deutlich: Allein bei der technischen Grundausstattung gibt es ein enormes Gefälle. Am einen Standort ist der Einsatz modernster Technik und interaktives Lernen längst Standard. Andere Schulen leben noch in der viel zitierten Kreidezeit. Mal ganz ehrlich: Diese Unterschiede kann man Eltern, Kindern und Lehrkräften längst nicht mehr logisch erklären.

Aus Sicht des SSW gibt es kaum eine wichtigere Aufgabe, als unsere Schulen für die digitale Zukunft zu rüsten. Dabei ist für uns völlig klar, dass weder einzelne Schülergruppen noch Schularten oder Standorte abgehängt werden dürfen. Die Digitalisierung ist nicht irgendein Trend, den man ausblenden kann. Sie berührt auch nicht nur unsere Bildungsorte, sondern fast alle



Lebensbereiche. Und egal ob wir uns das Kommunikations- oder Konsumverhalten, die Arbeitswelt oder den Freizeitbereich anschauen: Vieles verändert sich derzeit grundlegend. Deshalb ist und bleibt es so wichtig, dass vor allem junge Menschen auf diese Herausforderungen vorbereitet werden. Und hier spielen unsere Lehrerinnen und Lehrer und unsere Schulen eine zentrale Rolle.

Für uns ist der Zugang zu schnellem Internet Aufgabe der Daseinsvorsorge. Auch die Digitalisierung der Bildung ist erst einmal eine Infrastrukturfrage. Der vorliegende Antrag zählt die Vernetzung zu den wesentlichen Herausforderungen der Zukunft. Es soll weiter in Glasfaseranschlüsse und WLAN-Ausstattung investiert werden. Das ist gut und richtig. Gleichzeitig ist die Aufgabe, alle Schulen anzubinden und auch entsprechend auszustatten aber deutlich zu groß, um von den Schulträgern oder vom Land allein geschultert zu werden. Deshalb halten auch wir es für den einzig richtigen Weg, wenn der Bund uns und den Schulträgern dauerhaft finanziell unter die Arme greift. Das ist auch deshalb konsequent, weil es um gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet geht.

Trotz der guten Nachricht aus Berlin dürfen wir uns jetzt aber nicht zurücklehnen. Zum einen haben wir sehr unterschiedliche Grundvoraussetzungen an unseren Schulen. Was nicht nur die Bestandsaufnahme mit den Kommunen dringend nötig macht. Oft hakt es nämlich schon bei der Beschaffung der Technik und bei der Installation von Netzwerken. Manche Schulen haben hier also einiges aufzuholen. Und zum anderen stellen auch immer mehr Lehrerinnen und Lehrer die Frage, wer mittel- bis langfristig für Wartung und Instandhaltung sorgt. Hier darf die Landesregierung gerne konkreter werden. Ähnliches gilt aus Sicht des SSW auch für die Frage, wie unsere Lehrerinnen und Lehrer fortlaufend für die Arbeit mit digitalen Medien qualifiziert werden sollen.

Grundsätzlich sind wir uns bei der Digitalisierung der Bildung natürlich einig. Der Digitalpakt muss schnellstmöglich und flächendeckend umgesetzt werden. Deshalb bin ich froh, dass es uns gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Und mich freut auch, dass nicht nur freie Schulen, sondern auch die Schulen der Minderheit dazugehören. Das ist gelebte Vielfalt hier bei uns im Norden. Und es ist auch deshalb so wichtig, weil hier nicht nur alle Schulen sondern auch ausnahmslos alle Schülerinnen und Schüler profitieren müssen. Nur so versetzen wir wirklich alle jungen Menschen in die Lage, die Chancen der Digitalisierung für sich nutzen zu können. Und das ist eine Frage der Gerechtigkeit und muss sichergestellt sein.

